

# Sozialismus

www.Sozialismus.de

John P. Neelsen:  
TTIP versus BRICS?



Joachim Bischoff: Euro-  
Zone als Krisenfaktor



Peter Berg: Was bringt ein  
»Tarifeinheitsgesetz«?

Stephan Krull/Jörg Melz:  
Debatte um die Arbeitszeit

**Forum  
Gewerkschaften**

Jan Helbak:  
Die dänische Rechte



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### Bahnstreik als instrumentalisierter politischer Coup



»Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte«, schrieb Karl Marx. Zeitgeschichtlich wird das auch schon mal umgedreht, zumindest in der Wahrnehmung jener, die beanspruchen, die »herrschenden Gedanken« für das gesellschaftliche Ganze artikulieren zu können. Sie wännen Umsturz, wenn die Zugmaschinen stehen bleiben wie beim jüngsten Streik der Lokführer ...

### Vor-Wahlkampf



Am 15.2.2015, wählen die HamburgerInnen ihre Bürgerschaft. Es zeichnet sich ab, dass die SPD um Olaf Scholz ihre absolute Mehrheit verlieren wird. Dies ist wenig überraschend, weil diese in einem Landesparlament mittlerweile Seltenheitswert haben ...

### Lawine der Altersarmut



Der Paritätische schlägt Alarm: Der Anstieg der Zahl der BezieherInnen von Altersgrundsicherung bundesweit um 7,4% weist auf eine gravierende Fehlentwicklung. Der Verband übt scharfe Kritik an der bisherigen Rentenpolitik der großen Koalition und mahnt die Bundesregierung ...

### Niedergang des Westens?

|  |    |
|--|----|
| John P. Neelsen: Das Empire schlägt zurück: TTIP versus BRICS .....  | 2  |
| Ingar Solty: Zwischenwahlen im Ungleichheitskapitalismus. Entmystifizierung des republikanischen Wahlsiegs in den US-Kongresswahlen 2014 ..... | 9  |
| Günter Buhlke: Eine Gefahr für die Welt. Ausgewählte Leitlinien der US-Außenpolitik gegenüber den Ländern Lateinamerikas .....                 | 17 |

### Die Kernprobleme der Berliner Republik

|   |    |
|---|----|
| Axel Troost:<br>Wie politischen Stillstand und Stagnation überwinden? ..... | 21 |
|---|----|

### Globalökonomie mit Risiken & Nebenwirkungen

|  |    |
|--|----|
| Joachim Bischoff:<br>Die Euro-Zone als Krisenfaktor .....  | 27 |
| Heerke Hummel: Der Revolution bedarf es nicht mehr<br>Zur Selbsttransformation der bürgerlichen Gesellschaft im 20. Jahrhundert .... | 34 |
| Ralf Krämer: Bedingungsloses Grundeinkommen –<br>Risiken und Nebenwirkungen .....  | 39 |

## Forum Gewerkschaften

|   |    |
|---|----|
| Peter Berg: Einschränkung von Koalitionsfreiheit und Streikrecht.<br>Der Entwurf für ein Tarifeinheitsgesetz .....                                    | 43 |
| Otto König/Richard Detje: Mehr Zeit – mehr Geld.<br>Tarifpolitik offensiv wenden .....  | 47 |
| Stephan Krull/Jörg Melz: Arbeitsmarktlegenden und Arbeitszeitpolitik .....  | 49 |
| Witich Rossmann: Blicke auf Organisationskulturen und Akteure<br>der IG Metall .....  | 53 |
| Otto König/Richard Detje: »Betroffen ist einer, gemeint sind alle!« Saubere<br>Energie und unsaubere Methoden beim Windenergieanlagenbauer Enercon .. | 56 |

### Grenzen der Modernisierung

|   |    |
|---|----|
| Felix Jaitner: Das Verhältnis von Demokratie und herrschender Klasse<br>in Russland. Fragiles Entwicklungsmodell und Grenzen der Modernisierung ... | 59 |
| Jan Helbak: Die dänische Volkspartei. Historische Entwicklung<br>des Rechtspopulismus im skandinavischen Wohlfahrtsstaat .....                      | 64 |

### Impressum | Veranstaltungen | Film

|   |    |
|---|----|
| Impressum .....   | 67 |
| Veranstaltungen & Tipps .....                             | 68 |
| Klaus Schneider: Zwei Tage, eine Nacht (Filmkritik) ..... | 69 |

# Das Empire schlägt zurück: TTIP versus BRICS

von | John P. Neelsen



Anti-TTIP-Protest am 6.11.2014 in Dresden (Foto: dpa)

Die von US-Präsident Obama lancierten, im Juli 2013 aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über eine Transatlantische Freihandelszone (TTIP bzw. TAFTA)<sup>1</sup> hat eine breite Kontroverse in Europa, jüngst auch in den USA hervorgerufen. Widerstände kommen vor allem aus linken und grünen Parteien sowie aus der Zivilgesellschaft.<sup>2</sup>

Seinen Protagonisten zufolge würde der geplante US-EU-Freihandel mit 800 Mio. Konsumenten und weitreichenden Wirtschaftsverflechtungen, wie an den wechselseitigen Investitionen von 2,7 Billionen US-Dollar und einem täglichen Austauschvolumen von zwei Mrd. US-Dollar deutlich wird, den global stärksten Wirtschafts- und Exportblock abgeben, von dem ein Schub bei Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen zu erwarten sei.<sup>3</sup>

Durch Absenkung der Zölle (besonders wichtig bei Lebensmitteln und Autos) und Liberalisierung bei Finanzdienstleistungen, den Abbau bzw. die Harmonisierung nicht-tarifärer

Hemmnisse bei Handelsvorschriften (rd. 10% Zusatzkosten), technische Regulierungen und Produktionsstandards (rd. 25% Mehrkosten allein im Automobilssektor) sowie die Zulassung ausländischer Anbieter bei öffentlichen Aufträgen könnten Einsparungen in Höhe von 80% und ein Zuwachs im Handel von rd. 2% erzielt werden.<sup>4</sup>

Der Widerstand richtet sich vor allem gegen die mangelnde Transparenz von Mandat und Verhandlungsführung und eine ungenügende demokratische Legitimation, da für Fragen des Außenhandels die EU-Kommission zuständig ist und Vertragsabschlüsse der Zustimmung des EU-Parlaments, nicht aber der nationalen Parlamente bedürfen. Befürchtet wird zudem eine Absenkung bestehender Standards bei Arbeitsverträgen, Umwelt- und Konsumentenschutz (insbesondere bei Lebensmitteln und Gesundheit). Widerspruch erregen schließlich die geplanten Investitionsschutzabkommen mit Klagemöglichkeit für Konzerne gegen Staaten vor privaten Schiedsgerichten.



So richtig diese Argumente sind, sie betreffen die *Binneneffekte* der geplanten Freihandelszone und vernachlässigen die viel entscheidenderen *geopolitischen Hintergründe und Zielsetzungen*.

## Niedergang des Westens – Wandel des geopolitischen Systems

(1) Vor dem Hintergrund der seit Jahren stagnierenden Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO<sup>5</sup> erscheint das transatlantische Projekt vordergründig als eine regionale Zwischenlösung. Entscheidend ist aber die paradigmatische Gewichtsverschiebung in der Weltwirtschaft, die charakterisiert ist durch den Niedergang des Westens/der Triade und den Aufstieg der Schwellenländer, vor allem Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas, den sog. BRICS.<sup>6</sup> Sie wird geopolitisch von einem Wandel der Weltordnung von der US-Hegemonie zur Multipolarität begleitet. Wenige Daten genügen, um einen langfristigen Trend zu belegen:

- Aktuell stellt der Westen (USA/EU) mit kaum 12% der Weltbevölkerung 46% des Weltsozialprodukts (37% gemessen an der Kaufkraft) und 23% der weltweiten Exporte. Im Jahre 2000 verantwortete er noch Zweidrittel des globalen BIP.
- Die BRICS, die 45% der Weltbevölkerung repräsentieren, haben demgegenüber seit 2000 ihren Anteil am globalen Reichtum von 8,6 auf 21,5% (30% gemessen an der Kaufkraft) gesteigert und ihren Exportanteil auf 17% mehr als verdoppelt. Und anders als in der Schuldenkrise der 1980er/90er Jahre halten sie heute 40% der Weltwährungsreserven.
- Vergleichbar ist die Entwicklung bei den Transnationalen Konzernen (TNK): Mit 128 TNK stellen die USA zwar immer noch das größte nationale Kontingent, seit 2001 fiel ihr Anteil an den 500 global größten TNK aber von 43 auf 26% zurück. Den drei größten europäischen Wirtschaftsmächten Deutschland, Frankreich und England ging es ähnlich: seit 2004 reduzierte sich hier ihre Zahl um 25 auf heute 87.<sup>7</sup>
- Ganz anders bei den vier BRIC-Staaten: In weniger als einem Jahrzehnt stieg die Zahl ihrer Weltkonzerne von 27 auf 118, mit dem Löwenanteil aus China (16 auf 95, davon drei unter den Top Ten gegenüber zwei aus den USA). Mit der Zahl wuchsen Anteil und weltwirtschaftliche Macht: Nach unbedeutenden 5% 2001 stellen sie unter den 500 führenden TNK heute 24%!
- Die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 hat den Niedergang des Westens zugunsten des globalen Südens beschleunigt. Weniger betroffen wachsen die BRICS schneller und weisen zudem eine günstigere demografische Entwicklung auf.<sup>8</sup> In kaum 15 Jahren sollen sie ein gleich hohes Sozialprodukt wie die G7 erreichen.<sup>9</sup> Und wenn die Prognosen der Investment Bank Goldman Sachs zutreffen, wird der Anteil der BRICS am Weltsozialprodukt bis 2050 auf 44% ansteigen, der der G7 auf 22% sinken.

(2) Vor diesem Hintergrund erscheint die TTIP-Initiative weniger als Zwischenlösung, denn als Versuch, dem Niedergang gegenzusteuern. Durch die Gründung des größten Wirtschaftsblocks und ökonomische Überlegenheit in Produktivität, BIP,

## Zum Thema

Einen anschaulichen Powerpoint-Vortrag über das TTIP gibt es auf der Website von WISSENTTransfer:  
[www.wissentransfer.info](http://www.wissentransfer.info)



Technologie, Währung etc. soll gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern Flage gezeigt werden. Insofern hat das Projekt Transatlantische Freihandelszone nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine geopolitische Dimension. Es war die frühere US-Außenministerin Hillary Clinton, die im November 2012 von TAFTA als Vision einer »wirtschaftlichen NATO« sprach und damit den – seitdem immer wieder betonten – strategischen Stellenwert des Projekts hervorhob.<sup>10</sup> Dafür spricht,

- dass TAFTA formal eine Regionalallianz ist. Doch anders als beim analogen Transpazifischen Freihandelsprojekt (TPPA)<sup>11</sup> gehören ihm nur reiche Industrieländer an. Mehr noch: Anders als TPPA oder die WTO ist TAFTA ein *exklusives* Bündnis. So können andere Staaten, selbst solche mit Assoziierungsabkommen, allenfalls später und dann zu den Bedingungen der TTIP-Gründer beitreten;<sup>12</sup>
- dass kein BRICS-Staat an TAFTA oder TPPA beteiligt ist. Dagegen sind die USA Mitglied beider Gruppen und unterstrei-

John P. Neelsen ist Soziologieprofessor an der Universität Tübingen und Gründungsmitglied der Université de la Paix, Verdun/Frankreich.

<sup>1</sup> TAFTA steht für »Trans-Atlantic Free Trade Agreement«, TTIP für »Transatlantic Trade and Investment Partnership«.

<sup>2</sup> So war TTIP Thema bei der Anhörung der für den Außenhandel zuständigen neuen EU-Kommissarin Cecilia Malmström aus Schweden (bisher Inneres). Sie erhielt vom Kommissionspräsidenten Juncker den Auftrag zur Weiterführung der TAFTA-Verhandlungen, mit denen bisher der Belgier Karel de Gucht betraut war.

<sup>3</sup> Das Parlament Nr. 40-41, vom 29.9.14, S. 8 und 7-12 (»Debattendokumentation«).

<sup>4</sup> Zu den erwarteten Gewinnen siehe die Rede des früheren NATO-Generalsekretär Rasmussen »A New Era for EU-US Trade« am 8. Oktober 2013 in Kopenhagen vor der Confederation of Danish Industry.

<sup>5</sup> Erst im August dieses Jahres scheiterte eine mögliche Vereinbarung zur Handelserleichterung (TFA) in Bali am Veto Indiens wegen Differenzen um Lebensmittelsubventionen bzw. der Anlage staatlicher Getreidelager, die als mögliche »Handelshemmnisse« sanktioniert werden könnten. Siehe Rajni Bakshi, <http://firstbiz.firstpost.com/corporate/international/wto-deal-can-india-now-reframe-power-equations-of-globalisation-92560.html>.

<sup>6</sup> 2008 auf Initiative Russlands begründete politische Assoziierung von Brasilien, Russland, Indien und China, die 2011 um Südafrika erweitert wurde. Aus der »BRIC«- wurde die »BRICS«-Staatengruppe.

<sup>7</sup> Nach »Forbes 500« 2014 bzw. »Fortune 500«.

<sup>8</sup> Im letzten Jahrzehnt trugen die BRICS 50% zum weltweiten Wachstum und rund ein Fünftel zum Welthandel bei. Sie sind mit 11% (465 Mrd. US-Dollar 2012) an den ausländischen Direktinvestitionen beteiligt.

<sup>9</sup> Fifth BRICS Summit – General Background.

<sup>10</sup> D. Ignatius, »A free-trade agreement with Europe?«, in: The Washington Post, 5.12.2012. Siehe auch: Jan Techau, The Geopolitics of TAFTA, Carnegie Europe, 29.1.2013 sowie Trine Flockhart, »Can TTIP be an »Economic NATO«?«, German Marshall Fund, GMF Blog, Expert Commentary, 14.10.2013

<sup>11</sup> Die Verhandlungen zum Trans-Pacific-Partnership-Agreement (TPPA) laufen seit 2008. Sie bauen auf einem früheren Vertrag von 2006 zwischen Chile, Singapur, Neuseeland und Brunei auf, dem sukzessive die USA, Kanada, Mexiko, Peru, Australien, Vietnam, Malaysia und Japan beitraten.

<sup>12</sup> S. Ülgen, Locked In or Left Out?, Transatlantic Trade Beyond Brussels and Washington, Carnegie Europe, Paper June 3, 2014. Betroffen sind z.B. die Schweiz, Norwegen oder die Türkei, die mit der EU Assoziierungsabkommen haben.

chen damit ihren dauerhaften Anspruch als einzige globale Führungsmacht.

## TAFTA als wirtschaftliche NATO

»To keep the Russians Out, the Americans in, the Germans down«<sup>13</sup> war der inoffizielle Zweck der NATO. Ihr Erfolg dient den TAFTA-Strategen offenbar als Vorbild.

1) US Vize-Präsident Joe Biden leitete seine jüngste außenpolitische Rede mit der Feststellung ein, die von den USA unter großen Opfern durchgesetzte und über Jahrzehnte verteidigte stabile Nachkriegsordnung beginne zu zerfallen.<sup>14</sup> Die Gründe seien im Wandel der globalen Machtverhältnisse, symbolisiert durch den Aufstieg Chinas und Indiens, sowie in neuen Herausforderungen und Gefahren wie Ebola, ISIL und der Ukraine zu suchen. Ihnen Rechnung zu tragen und dabei sicherzustellen, dass Amerika seiner einzigartigen Berufung nachkomme, auch in Zukunft globale Führungsmacht zu sein, sei das Projekt Washingtons. Grundlegende Voraussetzung jeder Machtprojektion und globalen Gestaltungskapazität sei eine dauerhaft überlegene Wirtschaft. Dies zu erreichen und den Wandel im Sinne der USA zu steuern, werden vier Strategien detailliert, darunter als erste und wichtigste die Stärkung der Kern-Allianzen, allen voran des Bündnisses mit Europa vermittels NATO und TTIP.<sup>15</sup>

2) Die führenden Politiker der USA und der EU setzen darauf, vermittels TAFTA den zuletzt divergierenden Interessen und Perspektiven der »westlichen Wertegemeinschaft« neues Leben einzuhauchen. Denn mit der Auflösung von Sowjetunion und Warschauer Pakt und der wachsenden Orientierung der USA Richtung Asien war Europa politisch wie militärisch an den Rand des us-amerikanischen Interesses gerückt. Darüber hinaus begann die Konkurrenz um Märkte und Ressourcen das Verhältnis zu bestimmen. So unterstützten die USA zwar den europäischen Einigungsprozess, mit dem Euro entstand aber ein Konkurrent für den US-Dollar als Weltgeld und Reservewährung. Die politische Annäherung Europas an Russland im Verein mit dem privilegierten Zugang zu dessen wachsendem Markt, insbesondere seinen riesigen Rohstoff- und Energievorkommen, führte zu weiterer Divergenz in Interessen und Politik.

Vor diesem Hintergrund ist die Rückbesinnung auf die NATO und die EU nicht zufällig: Allein können die USA den geopolitischen Wandel nicht stemmen. Mit TAFTA soll es gelingen. Kein anderer als Anders Fogh, der (frühere) Generalsekretär der NATO, unterstreicht in einem Plädoyer für TAFTA, Wirtschaft und Sicherheit gehörten aufs engste zusammen, Wirtschaft und Handel seien wahrhaft der »Lebensnerv« der integrierten transatlantischen Gemeinschaft, die Basis für Frieden und Wohlstand.<sup>16</sup>

3) In diesem Zusammenhang gewinnt die Krise um die Ukraine ein neues Gesicht. Sie wirft ein Schlaglicht auf die amerikanische Strategie und verdeutlicht, warum sie von Präsident Obama sogar vor der UNO als größte Gefahr für globale Sicherheit und Frieden bezeichnet wurde.<sup>17</sup> Die Vorgeschichte der heutigen Krise ist bekannt. Seit der Zeitenwende von 1989/91 – und entgegen allen Versicherungen Moskau gegenüber – erfolgten Osterweiterung von NATO und EU, war die Ukraine schon län-

ger im Visier der USA als zentrales Glied und Schlussstein in der Politik der Einkreisung Russlands. Federführend im Tandem mit der EU wurden die Voraussetzungen für einen »regime change« geschaffen. Schwankend zwischen Beitritt zur von Russland, Kasachstan und Weissrussland gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion und einer Assoziierung an die EU setzten sich die vom Westen tatkräftig unterstützten Demonstranten für eine Westorientierung des Landes ein. Der Präsident wurde vertrieben, der auf Russland orientierte Osten des Landes erhob sich – schwankend zwischen interner und externer Autonomie – dagegen; die Krim löste sich nach einem Referendum von der Ukraine und trat später der russischen Föderation bei.<sup>18</sup> Ein casus belli speziell für die USA und ihre wichtigsten Medien, die völlig unbewiesen vom ersten Tag an letztlich Russland für den Abschuss eines Zivilflugzeugs und den Widerstand im Osten verantwortlich machten. Man wollte zwar keinen heißen Krieg, aber alle politischen und wirtschaftlichen Mittel zur internationalen Isolierung und wirtschaftlichen Schwächung Russlands wurden mobilisiert. Dabei wurden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

- Eine wirtschaftlich marode, sozial und politisch destabilisierte Gesellschaft wird in Zukunft ein Problem der EU sein, deren BIP noch immer unter dem Stand von 2008 liegt und von Deflation bedroht ist.
- Nicht die USA, sondern die EU leidet unter den von Washington forcierten Sanktionen gegen Russland.
- Eine Langzeitdimension kommt hinzu: Die engen Handelsbeziehungen mit dem rohstoff- und energiereichen Russland sollen zugunsten anderer Exportländer diversifiziert werden. Dabei wird das klassische Syndrom von Abhängigkeit und Unterentwicklung zulasten des Primärgüterexporteurs, hier Russlands, aus politischen Erwägungen einfach umgekehrt.
- Da trifft es sich gut, dass die USA, mit ihren Schiefergasvorkommen schon jetzt neben Russland und Saudi-Arabien die größten Energieproduzenten, ab 2017 zum Exporteur werden. Mögen auch die Terminals für umfangreiche Exporte noch fehlen und in keinem Fall Russland für die EU ersetzen können, neben US-Dollars bezahlt die EU schon heute einen Preis in Form größerer Abhängigkeit von den USA.
- Auch politisch wurde innerhalb der EU eine Wende zugunsten der auf die USA orientierten und anti-russischen Regierungen in Osteuropa wie generell der Rechtskonservativen in NATO und EU zulasten der »Russlandversther« vollzogen.<sup>19</sup>

Eine enge Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil zwischen der EU und Russland ist nicht nur unabdingbare Voraussetzung für dauerhaften Frieden und gemeinsame Sicherheit auf dem Kontinent. Sie ist gleichzeitig Vorbedingung für eine eigenständige Rolle Europas in einer multipolaren Welt.

Beides erscheint dauerhaft infragegestellt. Europa wird erneut gespalten, Russland als existenzielle Bedrohung dargestellt. Eine militärische Aufrüstung und dauerhafte Stationierung von Truppen in den Russland nächstliegenden NATO-Staaten ist beschlossen. Zumindest der Kalte Krieg ist zurück. Europa ist zu schwach für eine Selbstverteidigung, es braucht die USA.

4) Von »Kernallianz« und deren notwendiger Stärkung ist die Rede. Doch es geht den USA nicht um einen Vertrag zwi-

schen Gleichen, sondern um die Angliederung Westeuropas zur Verbreiterung ihres globalen wirtschaftlichen Fundaments in der Auseinandersetzung mit den Schwellenländern, vor allem China. So erzeugt Biden nur allgemeines Gelächter, als er seine Zuhörer auffordert, die Hand zu heben, wenn sie die EU für den wichtigsten Konkurrenten der USA halten. Dazu passt seine Aussage, Washington habe bis hinauf zum Präsidenten die Europäer *gegen* deren Willen zur Auferlegung von Sanktionen gegen Russland zwingen müssen. Aus welchen Gründen auch immer westeuropäische Regierungen sich zu einer Frontstellung gegen Russland haben drängen lassen, Tatsache ist, TAFTA ist ökonomisches Äquivalent und Unterbau der NATO. Die herrschende Elite in der EU zieht die Perspektive der Teilhabe an einem westlich dominierten neo-kolonialistischen Projekt einem Wandel zu einer multi-polaren, auf das Völkerrecht gegründeten Weltordnung vor, sei es auch nur als *Junior Partner* der USA.

### TTIP: Die schweren Kanonen für eine neoliberale Weltordnung westlicher Prägung

Die offiziellen Versprechungen bzgl. Wachstum und Arbeitsmarkt durch TAFTA mit geschätzten Zuwächsen von 0,5% EU-BIP und maximal einer Million Arbeitsplätzen bei 25 Mio. Arbeitslosen in der EU sind sehr bescheiden. Aber selbst diese niedrigen Prognosen halten kritischer Prüfung nicht stand. So werden die Beschäftigungsverluste durch verschärfte Konkurrenz und Rationalisierung zu wenig berücksichtigt. Da schon heute Zölle den transatlantischen Warenaustausch mit nur 3-

7,5% belasten, dürften weitere Absenkungen wenig bewirken. Das eigentliche Ziel von TAFTA liegt woanders.

1) Zunächst geht es um Vergrößerung des Binnenmarktes und damit erweiterte economies of scale zwecks Steigerung von Marktmacht und Exportkapazität der eigenen Transnationalen Konzerne, um sie gegen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aus dem globalen Süden zu stärken.

2) Grundsätzlich soll – und dafür steht die institutionalisierte Beteiligung der Lobbyisten des Kapitals bei den Verhandlungen

<sup>13</sup> Lord Hastings Ismay, Britischer Politiker, Diplomat und General, 1. Generalsekretär der NATO (1952-57) zur Funktion der NATO.

<sup>14</sup> Die Rede Joe Bidens vor dem Kennedy Forum der Harvard University am 2. Oktober 2014 detailliert und ergänzt die von Präsident Obama am 24. September vor der UN Vollversammlung. Die Nachkriegsordnung unterliege einer dauerhaften Veränderung der Machtverhältnisse mit Krisen und Instabilität als Folge. Ein Wendepunkt sei erreicht. Die USA seien weder in ihrer Existenz noch in ihrer Lebensweise bedroht, bleibe zwar Führungsmacht, könne aber nicht länger allein agieren. Letztendlich löse Krieg keine Konflikte, vielmehr gehe es um Wirtschaftswachstum und Unterstützung moderater Kräfte wie des Pluralismus. Siehe: [www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/10/03/remarks-vice-president-john-f-kennedy-forum](http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/10/03/remarks-vice-president-john-f-kennedy-forum).

<sup>15</sup> Es folgen (b) der Aufbau von Beziehungen zu den Schwellenländern; (c) Verteidigung und Ausweitung der vitalen internationalen Regeln; und (d) Beseitigung der Ursachen des gewalttätigen Extremismus. Als nächstes wird bei den Kernallianzen auf den TAFTA analogen TPPA eingegangen.

<sup>16</sup> S.o. Fn. 4.

<sup>17</sup> Vgl. die Rede Obamas vor der UN-Generalversammlung am 24. September 2014.

<sup>18</sup> K. Ehlers, Zankapfel Ukraine: Europäische vs Eurasische Union, S. 25-28, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2014. Ebenso: John Mearsheimer, Putin reagiert – Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist. [www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/putin-reagiert-560/](http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/putin-reagiert-560/).

<sup>19</sup> Hierzu gehört einerseits die Wahl des polnischen Ministerpräsidenten Tusk zum neuen EU-Ratspräsidenten, andererseits die Abkanzlung der Kritik der Alt-Bundeskanzler Schröder oder Schmidt.

Jetzt das  
**Weihnachtsabo**  
verschenken!



Drei Monate jW  
für 60 Euro  
(statt 98,60)

DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**

Jeder Besteller erhält eine Geschenkkunde und als Prämie den Kalender »Viva La Habana« 2015 aus dem Verlag 8. Mai.

**Ja,** ich verschenke die Tageszeitung *junge Welt* für drei Monate zum Preis von 60 Euro (statt 98,60 Euro). Das Abo endet automatisch. Bestellungen ins Ausland auf Anfrage

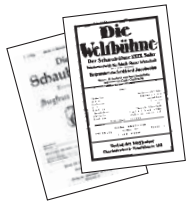
Das Geschenkaboo beginnt am Freitag, 2. Januar 2015, wenn Sie es bis spätestens Freitag, 19.12.2014, bestellt haben.

|  |  |
|--|--|
| <b>Ja, ich bestelle das Weihnachtsabo:</b> | <b>Geschenkaboo für:</b>                       |
| <input type="checkbox"/> Frau              | <input type="checkbox"/> Herr                  |
| <input type="checkbox"/> Frau              | <input type="checkbox"/> Herr                  |
| Vorname                                    | Vorname  |
| Name                                       | Name   |
| Straße/Nr.                                 | Straße/Nr.                                     |
| PLZ/Ort                                    | PLZ/Ort  |
| Telefon                                    | <b>Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung</b> |
| E-Mail                                     | Datum/Unterschrift                             |

Geschenkkunde und Prämie werden an den Besteller des Geschenkabos gesendet.  Ich verzichte auf Geschenkkunde und Prämie.

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48. Übers Internet: [www.jungewelt.de/weihnachtsabo](http://www.jungewelt.de/weihnachtsabo). Telefonisch unter 0 30/53 63 55-82





Informativ, knapp und klar:

# Ossietsyky

Die Schaubühne seit 1905  
Die Weltbühne seit 1918  
Ossietsyky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«

Carl von Ossietsyky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

**Ossietsyky** erscheint alle zwei Wochen in Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

**Ossietsyky** unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Rainer Butenschön. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

**Ossietsyky** – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietsyky Verlag GmbH • [ossietsyky@interdruck.net](mailto:ossietsyky@interdruck.net)  
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • [www.ossietsyky.net](http://www.ossietsyky.net)

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd



# 345

iz3w

## Diskriminierung inklusive – von Barrieren und Behinderungen

Außerdem: ▶ Friedensbewegung im Senegal  
▶ Afropolitan im Roman ▶ Dschihadisten auf dem Vormarsch ... 60 Seiten, Einzelpreis € 5,30

auch als PDF-Download

iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03  
[info@iz3w.org](mailto:info@iz3w.org) · [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

– durch weitere Privatisierungen und Deregulierungen die staatliche Interventionskapazität zugunsten der Interessen transnationaler Unternehmen und deren Shareholder in Produktion, Verteilung und Finanzwesen reduziert werden. Wichtig in diesem Kontext ist auch die prinzipielle Möglichkeit der Übertragung von Staatsaufträgen an ausländische Unternehmen.

3) Weiteres zentrales Anliegen ist die Harmonisierung der wechselseitigen Regulierungen, denen sich langfristig als »goldene« Standards alle Länder und Unternehmen unterwerfen sollen. Befürchtungen, dass es am Ende im Namen von Effizienz und Beseitigung von »Markthemmnissen« zu einer »Harmonisierung nach unten« kommt, sind nur zu berechtigt. Zur Disposition stünden typischerweise nationale Vorschriften und Gesetze, wie die hohen EU-Standards bei Umwelt- und Verbraucherschutz, z.B. bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln, und die schärferen Regulierungsstandards der Banken in den USA, die gerade erst wegen deren Rolle in der Finanzkrise durchgesetzt worden sind.<sup>29</sup> Wie ernst solche Bedenken zu nehmen sind, zeigt Indien, das jüngst mit seinem Veto ausgehandelte Fortschritte in der Doha-Runde der WTO aus Furcht, seine Lebensmittellager zwecks Ernährungssicherheit der Armen könnten als »trade distortions« sanktioniert werden, scheitern ließ. Dagegen sind Negativlisten von Branchen – wie bei der TPPA vertraglich festzulegen – keine Lösung, da sie – nach Inhalt und Umfang festgeschrieben – zukünftige Entwicklungen ausschließen.

4) Großes Interesse gilt auch dem Schutz geistigen Eigentums. Die eingeforderten Standards gehen nach Umfang und Dauer über frühere Vorschriften zu Urheberrechten und Patenten der WTO, die schon jetzt auf 20 Jahre bei Erfindungen, Markennamen, Geschmacksmustern, Halbleitern, Geschäftsgeheimnissen, Medikamenten etc. vergeben werden, hinaus. Da die USA und EU 90% der weltweiten Patente halten, ist es primäres Anliegen ihrer Konzerne, die damit verbundene Marktbeherrschung und international durchsetzbaren Monopolrenten auszubauen. Dazu gehören, anders als bei den WTO-Regelungen, z.B. das Verbot von Parallelimporten, Patente auf Leben, Tiere, diagnostische und therapeutische Methoden oder zukünftig entdeckte Anwendungsbereiche bei vorhandenen Medikamenten oder Restriktionen beim Saatgut mit Folgen für Hunderte Millionen Bauern in der Dritten Welt. Hatte die WTO noch den Einzelstaaten die konkrete Umsetzung der TRIPS im Rahmen allgemeiner Prinzipien überlassen, geht es bei den *TRIPS plus* um feste Verpflichtungen zum erweiterten Schutz geistigen Eigentums.

5) Wichtigstes Instrument der Durchsetzung einer globalen Ordnung im Interesse von Großkonzernen sind die Investitionsschutzabkommen. Inzwischen existieren mehr als 3.000 bilateraler »Investor-State-Dispute Settlement« (ISDS)-Verträge. Ihr ursprünglicher Zweck lag freilich in der Sicherung ausländischer Investitionen in Ländern mit fragwürdiger Rechtsprechung, was aber für EU und USA gerade nicht gilt. Gleichwohl wird, und zwar an hervorragender Stelle, wie die Namensgebung des Abkommens, Handels- und *Investitions*-Partnerschaft, verriet, daran festgehalten. Die Charakteristika von ISDS-Abkommen gilt es zu hinterfragen:

■ Schadensersatzklagen sind nur gegen Staaten und zwar auf allen Ebenen der Verwaltung vorgesehen.

- »Prospektive Gewinne« werden als reales Eigentum, deren Nichtrealisierung qua Gesetzesänderung als Enteignung mit Entschädigungsanspruch behandelt.
- Bei den ISDS handelt es sich um nicht-staatliche Sondergerichte, bei denen nicht Richter, sondern private Wirtschaftsanwälte zu Gericht sitzen.
- Verhandlungen sind geheim, Urteile ergehen ohne Revisionsinstanz.
- Urteile werden mit international durchsetzbaren Sanktionen gefällt.
- Urteile können in die Milliarden gehen, wie Vattenfall gegen die BRD (3,7 Mrd. Euro wegen des Atomausstiegs), Occidental Petroleum gegen Ecuador (1,7 Mrd. US-Dollar) und zuletzt Yukos gegen Russland (50 Mrd. US-Dollar).<sup>21</sup>
- In weniger als zwei Jahrzehnten stieg die Zahl der Klagen von einem Dutzend auf fast 600. Dreiviertel richteten sich dabei gegen die Dritte Welt bzw. die Schwellenländer, wobei 85% der Kläger aus dem globalen Norden kamen.<sup>22</sup>
- Gruppirt um eine kleine Zahl von auf ISDS spezialisierten Wirtschaftskanzleien ist eine sehr lukrative, vor allem angelsächsische Industrie entstanden, immer aktiv auf der Suche nach Klagemöglichkeiten.<sup>23</sup> Allein die potenzielle Klagedrohung schreckt vor »marktbeschränkenden« Gesetzesvorhaben zugunsten der allgemeinen Wohlfahrt ab.

Halten wir fest: TAFTA verfolgt eine klassen- und imperiale Zielsetzung. Hinter den formal globalen Standards geht es strukturell-systemisch um ein neoliberales Wirtschafts- und Sozialmodell, das gekennzeichnet ist durch die Institutionalisierung des Primats privater Kapitalinteressen vor und gegen Staat, Demokratie und Allgemeininteresse. International gesehen ist es ein Angriff auf Souveränität und nationale Selbstbestimmung.

Auf eine Formel gebracht geht es um eine »bill of rights« für das transnationale (Monopol-)Kapital gepaart mit einer Forcierung sozialer Ungleichheit zugunsten der global Herrschenden (1%). Anders formuliert: Als »Klassenprojekt von Oben« ist es international gesehen zugleich ein Projekt der Globalisierung des Neoliberalismus seitens der herrschenden Klassen des Westens zur langfristigen Sicherung ihrer Dominanz vermittels eines »competitive imperialism«. <sup>24</sup> Dieser neueste Avatar des Imperialismus richtet sich gegen die »emerging economies«, vor allem die BRICS!

## Die BRICS – Formierung des globalen Südens, Front gegen westliche Hegemonie

Die 2001 von einem Goldman Sachs-Analysten zu einer wohlklingenden Abkürzung zusammengefasste Gruppe von Ländern zwecks langfristiger Investitionen wurde 2007/8 auf Initiative Russlands zu einer Realkategorie. Russland, Brasilien, Indien und China ging es zunächst um Reaktionen auf die im Westen verursachte weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die in den jährlichen Folgetreffen institutionell und politisch in eine immer dichtere und erweiterte Zusammenarbeit mündete. Trotz bilateraler Konflikte um Grenz- und Militärfragen, ausländische Basen oder Konkurrenz um Märkte ist man sich einig in der Frontstellung gegen die Hegemonie des Westens und fordert eine Revision internationaler Institutionen und eine andere Welt-

ordnungspolitik. Auch ohne formelles Bündnis verstehen sich die BRICS heute als Nachfolger der Blockfreienbewegung und Repräsentanten des Südens. Die Aufnahme Südafrikas 2012 (von BRIC zu BRICS) signalisierte diese Anknüpfung an Traditionen des Trikont, die gekennzeichnet sind durch Nichteinmischung, Selbstbestimmung und Entwicklung. Sie sind Basis der zentralen Forderungen und Beschlüsse des sechsten Gipfeltreffens der Staatschefs der BRICS in Fortaleza/Brasilien vom Juli 2014. Ohne TTIP zu nennen, wird dem Projekt der Fehdehandschuh in Form direkter Alternativen hingeworfen, wie folgende Verweise und Beschlüsse zeigen.

- So werden zunächst die beiden wichtigsten Institutionen der post-kolonialen Geschichte der UN, nämlich die vom Westen bekämpfte Conference on Trade and Development (UNCTAD), die einen grundlegenden Wandel in den Welthandelsbedingungen inkl. Kontrolle der Multis fordert, sowie die Gruppe der 77 (heute 133 »Entwicklungsländer«, damals ohne China, Russland und Südafrika!) zu ihrem 50-jährigen Jubiläum ausdrücklich beglückwünscht.
- Im prinzipiellen Widerspruch zu TAFTA wird die aktive Rolle des Staates in der Wirtschaftsgesellschaft generell betont, zugleich die Bedeutung von Staatsunternehmen – jenen »bêtes noires« des Westens – gewürdigt.
- Regionale Verbünde werden, solange sie im Rahmen der WTO erfolgen und allen interessierten Mitgliedsstaaten (Regierungen) offenstehen, begrüßt.
- Klagen und Sanktionen bei Regelverletzung sollen allein nach den Regeln und Verfahren der WTO vorgenommen werden. Anders als bei ISDS treten hier nur Staaten als Parteien auf. Letztlich entscheidet ein von allen Mitgliedsstaaten beschicktes Dispute Settlement Board; zudem gibt es eine Berufungsinstanz.
- Daneben wird die Umsetzung der längst verhandelten, von den USA bislang nicht ratifizierten Reform von IWF und Weltbank bei Stimmrechtsverteilung und Kreditvergabekriterien eingeklagt.
- Da selbst dann die grundsätzliche Dominanz des Westens bestehen bliebe, werden konkurrierende Institutionen mit alternativen Vergaberegeln in Form eines mit zunächst 100 Mrd. US-Dollar ausgestatteten BRICS-Währungsfonds »Contingency Reserve Arrangements« sowie einer »New Development Bank« eingerichtet.
- Die Macht der übermächtigen US-amerikanischen Rating-Agenturen, deren Beurteilungen nicht immer unabhängig

<sup>20</sup> Siehe auch M.R. Krätke, TAFTA: Das Kapital gegen den Rest der Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2014, S. 5-9. Ebenso: Garnreiter, Mayer, Schmid, Schuhler, Wirtschafts-NATO TTIP Stop!, isw Report 97, München 2014

<sup>21</sup> Beispiele und Analysen bei J. Hilary, Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, Mai 2014, S. 30-33.

<sup>22</sup> P. Eberhardt, Investment Protection at a Crossroads, Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analysis, July 2014.

<sup>23</sup> P. Eberhardt, C. Olivet, Profiting from Injustice, Transnational Institute, Brussels, Amsterdam 2012.

<sup>24</sup> J. Kelsey, The elephant in the room: The geopolitics of the TPPA, in: Third World Resurgence No 275, July 2013, S. 9-11. Im Unterschied zum klassischen, auf Kolonialismus basierenden, bzw. dem postkolonialen, auf ökonomische Abhängigkeit der Dritten Welt durch internationale Arbeitsteilung setzenden Neo-Kolonialismus.



von Auftraggebern und politischen Interessen erfolgen, aber bedeutende Rückwirkungen auf Wirtschaft und Finanzen ganzer Staaten und Unternehmen haben, soll durch eigene Agenturen sowie einen eigenen »Asian Stock Exchange« gebrochen werden.

- Traditionelle Marktabhängigkeit und internationales Kräfteverhältnis zugunsten des Westens/der Triade sollen zielstrebig durch Intensivierung von Kooperation und Handel zwischen den BRICS-Mitgliedern selbst sowie den anderen Ländern des Trikont abgebaut werden. So signalisiert der Abschluss eines 30-jährigen Gaslieferungsvertrages über 400 Mrd. US-Dollar zwischen Russland und China einen Schulterschluss angesichts der westlichen Sanktionspolitik; zum anderen soll der Austausch mit Afrika bis 2015 um über 50% auf über 500 Mrd. US-Dollar gesteigert werden.

Hinter den Vereinbarungen verbirgt sich ein Machtkampf um Vorherrschaft und Ausrichtung des kapitalistischen Weltsystems. Zunächst geht es um die Einklagung von mehr Repräsentativität in den Bretton-Woods-Institutionen und im UNO-Sicherheitsrat (Dominanz des Westens, keine Vertretung Lateinamerikas, Afrikas und Südasiens), dann um die Forderung nach deren Neuausrichtung angesichts einer westliche Interessen favorisierenden Praxis. So werden zum einen die Grundprinzipien der UNO, als da sind Gleichheit, Nichteinmischung, Souveränität, zum anderen eine die Souveränität der Staaten strikt wahrende, an den Interessen und der Leistungsfähigkeit von Geber- und Empfängerländern orientierte Politik eingefordert. Zumindest im Ansatz wird damit eine Abkehr vom bisherigen an Schuldentrückzahlung und damit Gläubigerinteressen, zudem in (Dollar-)Devisen ausgerichteten modus operandi der internationalen Finanzinstitutionen mit ihren oft dramatischen Verarmungseffekten und fragwürdigen exportorientierten Auswirkungen eingeleitet.<sup>25</sup> Von allergrößter Bedeutung ist schließlich die vorgesehene Fakturierung in den eigenen Währungen, da damit die Axt an das internationale Währungssystem mit dem US-Dollar als Öl-, Handels-, Reserve- und Finanzkontraktwährung gelegt, die wirtschaftliche Basis der US-Hegemonie ins Visier genommen wird.

## Ausblick: Von TAFTA und Globalisierung zur Systemfrage

Aus linker Perspektive ist das Projekt einer Transatlantischen Freihandelszone selbst bei größerer Transparenz und nationaler und zivilgesellschaftlicher Beteiligung grundsätzlich abzulehnen. TTIP bleibt ein Projekt der herrschenden Elite in Politik und Ökonomie mit der Aussicht auf mehr Ungleichheit, Armut und Arbeitslosigkeit. Die Angleichung von Standards kann schon angesichts unterschiedlicher Konzeptionen, so beispielsweise bei Gewerkschaftsrechten, nur deren Aushöhlung bedeuten.<sup>26</sup>

Schwerwiegender noch erscheint die Privilegierung privatkapitalistischer Interessen gegenüber Staat und Wohlfahrt der Mehrheit. Entstaatlichung (disempowerment) und Entdemokratisierung würden vorangetrieben. Aus internationaler Sicht bedeutete ein erfolgreicher TAFTA-Abschluss langfristig einen Angriff auf die Souveränität der Staaten. Die Frontstellung ge-

gen Staatsunternehmen (SOE) zielt zunächst auf gefährliche Konkurrenz, vor allem aus China und Russland, die zu den weltweit mächtigsten TNK herangewachsen sind. Mit dem Angriff auf staatliche Intervention in die Ökonomie soll nicht nur der Zugang zu den jeweiligen nationalen Märkten und Ressourcen erleichtert werden. Er verringert auch die Chancen nachholender Entwicklung und damit weitere Konkurrenz, bedarf diese doch, wie schon List wusste und Deutschland wie die USA vorgelebt haben, eines starken interventionistischen Staates. Dazu passt die Insistenz des Monopolkapitals beiderseits des Atlantik, in jedem Fall Unternehmensklagen gegen Staaten (ISDS) auch in TAFTA aufgenommen zu wissen. Hier soll mit Blick auf die BRICS ein Präzedenzfall für zukünftige Weltstandards gesetzt werden. Dabei wird die institutionalisierte, »wettbewerbsverzerrende« politische Einflussnahme der mächtigen Kapital-Lobbyisten ebenso unterschlagen wie die Verhinderung der ausländischen Übernahme von Unternehmen im Namen der »nationalen Sicherheit« oder der extraterritoriale Geltungsanspruch besonders US-amerikanischer Gerichte.<sup>27</sup> Der imperiale Charakter des Projekts TAFTA wird besonders augenfällig.

Ein letzter, in der gesamten Debatte wenig erwähnter Aspekt bezieht sich auf die Klima- und Umweltproblematik. TTIP basiert auf einer einfachen Fortschreibung und Vertiefung des neoliberalen Globalisierungsmodells. Dieses aber erlaubt nur einer Minderheit der Weltbevölkerung vor allem im Westen einen gehobenen Lebensstil. Dieser bleibt der überwiegenden Mehrheit der Menschen vor allem im Trikont angesichts eines damit verbundenen Ressourcenverbrauchs, der schon jetzt die Regenerationskapazität des Planeten um 50% überschreitet, unerschreibbar. Auch ohne Berücksichtigung des besonders den Süden treffenden Klimawandels ist es höchste Zeit für einen zivilisatorischen Bruch und die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, wenn denn dauerhafte Entwicklung eine Chance haben soll. Gerade der Westen müsste hier voranschreiten. Für die wahre Linke stellt sich hier dann allein die Frage, welche Politik die gesellschaftlichen Widersprüche mit Aussicht auf deren Überwindung verschärfen dürfte.

<sup>25</sup> Siehe E. Altvater, 70 Jahre nach Bretton Woods. BRICS Konkurrenz für IWF und Weltbank, Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, August 2014. Ähnlich suchen die USA gerade, den Vorschlag Beijings zur Einrichtung einer »Asian Infrastructure Investment Bank«, zu der China selbst zunächst 50 Mrd. US-Dollar beitragen würde, aus Furcht vor Einflussverlust und Konkurrenz zu der von ihnen und Japan dominierten Asian Development Bank, mit allen Mitteln zu torpedieren (International New York Times 10.10.2014, S. 15f.).

<sup>26</sup> So bezieht sich das US-amerikanische »right to work«-Gesetz nicht auf das Menschenrecht des Anspruchs auf Arbeit als Teilnahme am gesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozess, sondern auf das Recht zu arbeiten auch ohne gewerkschaftliche Mitgliedschaft. So haben die USA von den acht als »fundamental« bezeichneten ILO-Konventionen nur zwei (Abschaffung der Zwangsarbeit und Verbot der Diskriminierung bei der Berufswahl und Beschäftigung) anerkannt, nicht aber solche grundlegenden Gewerkschaftsrechte wie Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Verbot der Kinderarbeit oder Recht auf gleiche Bezahlung. Ein anderes Beispiel ist die Umsetzung internationaler Arbeitsstandards. Hier sieht das entsprechende North American Agreement on Labor Cooperation (NAALC) gerade keine multilateral verbindlichen gemeinsamen Standards vor, sondern schützt gerade umgekehrt existierende lokale/nationale Standards. Ein letzter Unterschied bezieht sich auf die Kommerzialisierung von Pharmaka oder Saatgut. Anders als in der EU gilt nicht das Vorsorgeprinzip, sondern es obliegt der Regierung, eventuelle Risiken nachzuweisen.

<sup>27</sup> Zum Fall Argentinien gegen Richter Griesa vgl. Altvater (Fn. 25) und Hilary (Fn. 21).

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

